

- 15 Vgl. den Abschlußbericht des an der Universität Konstanz durchgeführten Forschungsprojekts »Internationalisierungsprozeß, Staatsintervention und gesellschaftlicher Wandel, am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und Frankreichs«, erscheint 1980.
- 16 Aus der Fülle der deutschen Literatur zu diesem Thema vgl. R. Jonas/M. Tietzel, Die multinationalen Unternehmen und die Neuordnung der Weltwirtschaft, in: dies. (Hrsg.), Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, S.166—183; D. Kebschull/W. Michalski/H.-E. Scharrer (Hrsg.), Die neue Weltwirtschaftsordnung, Hamburg 1977, Beiträge in Teil IV; D. Kebschull/O. G. Mayer (Hrsg.), Multinationale Unternehmen — Anfang oder Ende der Weltwirtschaft?, Frankfurt 1974.
- 17 So kostet allein die Finanzierung eines Lagers von einer Mill t Kupfer 2,2 Mrd Dollar. Vgl. dazu M. C. Celeste, La UNCTAD à l'heure du réalisme, in: Le Monde diplomatique, Mai 1979, S.10f.
- 18 Kupfer, Bauxit, Mangan, Zinn, Tabak, Ananas, Rindfleisch. Im Rahmen der STABEX-Mittel kann die EG jährlich maximal 75 Mill Europäische Rechnungseinheiten auszahlen, d. h. 0,7 vH vom Wert der Gesamtexporte der AKP-Staaten in die EG. Vgl. R. Tetzlaff,

- Lomé als Beispiel für eine Neue Weltwirtschaftsordnung?, in: Die Neue Gesellschaft, Sept.1978, S.733f.
- 19 Vgl. H. Elsenhans, Die Neue Weltwirtschaftsordnung. Chancen für die Überwindung von Unterentwicklung, in: Internationale Entwicklung (Wien) 2/1976.
- 20 O. Graf Lambsdorff, Der Nord-Süd-Dialog nach UNCTAD V, in: Europa-Archiv 13/1979, S.381—388.
- 21 Vgl. H. Steeg, Die Tokio-Runde. Eine Bilanz der siebten multilateralen Verhandlungsrunde im Rahmen des GATT (1973—1979), in: Europa-Archiv 17/1979, S.523—536.
- 22 So M. Bedjaoui, Pour un nouvel ordre économique international, Paris (UNESCO) 1978, S.212f.
- 23 Vgl. C. Payer, The debt trap: the International Monetary Fund and the Third World, Harmondsworth 1974.
- 24 Vgl. U. Gerdes, Internationales Finanzkapital untergräbt Neue Weltwirtschaftsordnung, in: Die Neue Gesellschaft, Sept.1978, S.735—738.
- 25 Vgl. die Analyse von E. Ramedhan, La croissade nouvelle de la Banque mondiale, in: Le Monde v. 28.8.1979; auch ebd., 21.8.1979.

Unsicherheit und Enttäuschung kennzeichnen die internationale Atmosphäre

Bericht des Generalsekretärs über die Arbeit der Organisation für die 34. Generalversammlung

KURT WALDHEIM

I. Aufgaben und Probleme

Das vergangene Jahr war voll von Unsicherheit, Spannungen und Konflikten. Noch nie war die internationale Szene so komplex, noch nie waren die überkommenen Vorstellungen von Macht so fragwürdig geworden. Es kam zu plötzlichen Verlagerungen im politischen Gleichgewicht und zu unerwarteten Ereignissen, die ihren Ursprung in einer Vielfalt von — wirtschaftlichen, politischen, sozialen und sogar religiösen — Kräften hatten. Mit immer mehr Unbehagen wird gefragt, ob sich unter den heutigen Bedingungen die Angelegenheiten dieses Planeten, vor allem seine Wirtschaft und seine Gesellschaftsordnung überhaupt noch lenken lassen. Diese Ungewisheiten und unerwarteten Ereignisse beeinflussen in verschiedener Weise Leben und Zukunft praktisch aller Nationen und Völker und führen zu tief verwurzelten Gefühlen der Angst und Frustration, was wiederum eine Atmosphäre begünstigt, in der neue und nicht voraussagbare Ereignisse eintreten können. Wenn es je an der Zeit war, ernsthaft über Zustand und Zukunft der Völkergemeinschaft nachzudenken und eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, dann heute. In der Angst, die uns heute erfüllt, haben wir die gewaltigen Fortschritte, die in den letzten 30 Jahren an so vielen Fronten erzielt wurden, bis zu einem gewissen Grad aus den Augen verloren. Was wir heute brauchen, sind die richtige Einstellung und das richtige Augenmaß, die uns die erzielten Fortschritte voll nutzen lassen.

In der heutigen Unruhe lassen sich einige allgemeine Tendenzen erkennen — der Wunsch, lang erduldeten Ungerechtigkeiten oder althergebrachte Mißstände zu beseitigen, die Triebkräfte nationaler Hoffnungen und Ziele, die eigenen Zukunftsängste mancher Nationen und die Furcht vor den ehrgeizigen Zielen der anderen sowie schließlich Leid, Enttäuschung und Ressentiment aufgrund von krassen wirtschaftlichen und sozialen Ungerechtigkeiten. Eine Generation des beispiellosen Wandels hat notwendigerweise viele alte und neue ungelöste Probleme sowie auch ein Gefühl der Ernüchterung darüber hinterlassen, daß viele der großen Hoffnungen und Ziele, die im Optimismus der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg verkündet wurden, nicht verwirklicht werden konnten.

Bei den meisten der erwähnten Symptome und Probleme könnten die Vereinten Nationen — wenn man diese wirklich als Grundgerüst der künftigen Weltgemeinschaft benutzt — einen einzigartigen Beitrag leisten. Vor allem müssen wir uns schleunigst darum bemühen, die Elemente einer solchen Gemeinschaft auf weltweiter Ebene weiterzuentwickeln. Dabei geht es nicht um irgendeinen weltfernen Idealismus, sondern um unser höchst konkretes Eigeninteresse und zugleich um eine höchst dringliche Aufgabe.

Der Aufbau einer wirklichen Weltgemeinschaft wird aus den verschiedensten, leicht erkennbaren Gründen schwierig sein und nur langsam vor sich gehen können. Auf der einen Seite haben wir die komplexen Beziehungen zwischen den größten Mächten, die immer noch in erheblichem Maße Gefangene ihrer gegenseitigen Ängste und Verdächtigungen sowie des entsetzlichen Zerstörungspotentials ihrer Waffensysteme sind.

Auf der anderen Seite sehen sich die meisten Nationen und Völker in unterschiedlichem Maße mit akuten Problemen der Instabilität, Armut und wirtschaftlichen Schwäche konfrontiert, die

häufig durch politische und wirtschaftliche Entwicklungen in anderen Teilen der Welt noch verschärft werden. Während die Völker sich hohe Ziele gesteckt haben, sehen sich viele Nationen durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit oder Labilität an ein Wirtschaftssystem gekettet, das den Anforderungen einer interdependenten Welt freier Nationen nicht mehr entspricht. Für viele von ihnen war die erste Generation der Unabhängigkeit gleichbedeutend mit der Aufgabe, sich in einer neuen, zugleich in einem revolutionären technologischen Wandel befindlichen Welt zurechtzufinden. Die allgemeine Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit wird daher von einem weitverbreiteten Unbehagen und mangelndem Vertrauen in die Zukunft überschattet.

Zwischen diesen beiden Polen haben viele mittlere und kleinere Mächte im Rahmen der Vereinten Nationen und in verschiedenen anderen Gruppierungen bei vielen weltweiten Problemen immer stärker den Sinn für die gemeinsame Verantwortung entwickelt. Die Bewegung der nichtgebundenen Staaten ist ein gutes Beispiel für diese positive Entwicklung. In den Vereinten Nationen haben sie im großen und ganzen eine Mischung aus Idealismus und Pragmatik an den Tag gelegt, die in der Weltpolitik eine außerordentlich konstruktive mittlere Kraft darstellt. Diese Haltung ist meines Erachtens ein guter Anlaß zur Hoffnung und ein sehr positiver Faktor für die Zukunft, vor allem wenn die von den Spannungen der Großmächte verursachte Polarisierung, wie es scheint, mit dem Auftauchen anderer, unabhängiger politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kräfte zurücktritt.

Den Großmächten fallen im System der Vereinten Nationen besondere Aufgaben und Pflichten zu. Sie sind zugleich ihrerseits in besonderem Maß auf die Weltorganisation angewiesen, die eine Alternative zu einer Art von Konfrontation darstellt, die in unserem nuklearen Zeitalter ohne weiteres den Untergang aller bedeuten könnte. Die Vereinten Nationen und vor allem der Sicherheitsrat haben viele Jahre lang eine entscheidende — nicht immer ausreichend gewürdigte — Rolle gespielt, indem sie Alternativen zu einer solchen Konfrontation anboten. In den letzten Jahren haben sich die Großmächte in Krisenzeiten mehrfach dieses Mäßigungs-instrument bedient. Die Vereinten Nationen haben darüber hinaus die äußerst wichtige Aufgabe erfüllt, regionale Krisen so weit wie nötig von dem empfindlichen Gleichgewicht der Beziehungen zwischen den Nuklearmächten zu isolieren. Dies ist sicherlich nicht das in der Charta der Vereinten Nationen ins Auge gefaßte umfassende System zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, doch unter den außergewöhnlichen heutigen Bedingungen, die hoffentlich nur eine Übergangszeit darstellen, ist es eine unerläßliche Sicherung des Weltfriedens und des Überlebens der Menschheit.

Durch den Entkolonisierungsprozeß, ihre bahnbrechende Arbeit auf dem Gebiet der Entwicklung, die derzeitige Suche nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung und die immer umfassenderen Ansätze zur Lösung weltweiter Probleme standen und stehen die Vereinten Nationen auch sonst im Mittelpunkt der Bemühungen um neue Lösungen, die unserer interdependenten Welt angemessen sind. Ziel solcher Lösungen sollten vor allem die grundlegenden Veränderungen sein, die notwendig sind, um die Kluft zwischen arm und reich zu verringern und allen Menschen eine Chance zu geben. Die Probleme und Hindernisse

sind außerordentlich komplex und schwierig, und die Dinge kommen nur langsam voran, doch Zielrichtung und Aufgaben sind deutlich erkennbar. Ich werde an anderer Stelle dieses Berichts noch näher auf diesen zentralen und wesentlichen Teil unserer Aufgabe eingehen.

Man kann nicht behaupten, das vergangene Jahr habe irgendwelche bemerkenswerten Fortschritte in der Lösung unserer wichtigsten Probleme gebracht. Der Mangel an Fortschritten vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet ist eine große Enttäuschung und steht in krassem Gegensatz zu der offenkundigen Dringlichkeit der meisten dieser Probleme. Politische Entschlossenheit und pragmatisches Vorgehen sind nötig, wenn diese unglückliche Situation überwunden werden soll.

II. Auf dem Weg zu einer Weltordnung

Die Anpassung an den geschichtlichen Wandel ist zwangsläufig ein schwieriger und langwieriger Prozeß, und wir sollten nicht übersehen, was seit der Gründung der Vereinten Nationen bereits geleistet worden ist. Vieles, was wir heute für selbstverständlich halten oder als unzureichend ansehen, wäre noch vor wenigen Jahren völlig undenkbar gewesen. Die Vereinten Nationen wollen immerhin eine Weltordnung schaffen, die sich grundlegend von jeder früheren Weltordnung unterscheidet. Das ist keine leichte Aufgabe; wir sollten daher nicht nur an die enormen Hindernisse denken, die vor uns liegen, sondern uns auch gelegentlich vor Augen halten, wieviel trotz allem doch schon erreicht worden ist.

In den Beziehungen zwischen den mächtigsten Nationen ist zum Beispiel viel geschehen, was das feindselige Klima gemildert hat, von dem die Nachkriegsjahre so stark geprägt waren. Trotz ideologischer, politischer und anderer Differenzen konnte man sich auf vielen Gebieten verständigen, was ohne Zweifel dazu beiträgt, die Welt sicherer und produktiver zu machen. Denken wir nur an die positive Entwicklung in den Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten. Bedenken wir auch, daß in diesem Jahr nach äußerst komplizierten Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR das SALT-II-Abkommen geschlossen wurde, das zur Hoffnung auf eine Begrenzung der Zunahme strategischer Nuklearwaffen berechtigt — einer unerläßlichen Voraussetzung für Fortschritte in der allgemeinen Abrüstungsproblematik.

Der Prozeß der Verständigung ist entscheidend, wenn bei den verschiedenen akuten regionalen Problemen, mit denen die Vereinten Nationen befaßt sind, Fortschritte erzielt werden sollen. Internationale Vertragswerke sind nur dann wirklich etwas wert, wenn man sie zur Verständigung — in oft ganz geringfügigen Fragen — benutzt, die jedoch zuweilen einen ganz entscheidenden Beitrag zur Wahrung der Stabilität leisten können.

Ich bin mir immer mehr der Notwendigkeit bewußt, unter allen Umständen Änderungen zu fördern, die die verschiedenen regionalen Spannungen beseitigen oder zumindest abschwächen können, die meiner Ansicht nach auch weiterhin die gefährlichste Bedrohung des Weltfriedens darstellen. Hauptsächlich aus diesem Grund habe ich ausgedehnte Reisen unternommen, um solche Probleme aus erster Hand kennenzulernen und sie direkt mit den betroffenen Regierungen zu besprechen. Sehr oft läßt sich natürlich angesichts der bestehenden politischen Verhältnisse nicht allzuviel erreichen; doch wo eine Nachrichtenverbindung oder gute Dienste von Nutzen sein können, glaube ich unbedingt, daß der Generalsekretär sich dafür zur Verfügung stellen sollte. Jedenfalls gibt es nichts Besseres, als Probleme an Ort und Stelle und aus erster Hand kennenzulernen.

Diese Erwägungen waren es, die mich Anfang dieses Jahres zu einer ausgedehnten Reise durch die Länder Ostasiens veranlaßten. Auf dieser Reise lagen mir vor allem die Verhältnisse in Indochina und in Korea am Herzen, und ich hoffe sehr, daß die Gespräche, die ich in den verschiedenen Hauptstädten führen konnte, eine Grundlage bieten, auf der die beteiligten Regierungen und Parteien sich eher zu einem Überdenken ihrer Positionen und zur Nutzung der Hilfsangebote der Vereinten Nationen bei der Lösung ihrer Probleme bereit finden.

Besonders waren die Vereinten Nationen in diesem Jahr von den Ereignissen in Indochina in Anspruch genommen — Ereignisse, die nicht nur fundamentale Fragen im Zusammenhang mit den Grundsätzen der Charta aufwerfen, sondern auch mit umfangreichen und tragischen humanitären Problemen verbunden waren. Es versteht sich, daß in den Gesprächen, die ich während meines Aufenthalts in dieser Region führte, das Gewicht auf diesen Fragen lag. Während des ganzen Jahres verfolgte die gesamte Welt mit Sorge sowohl die politischen und militärischen Ereignisse in Indochina als auch deren menschliche Auswirkungen. Mir scheint, daß angesichts des Ausmaßes an menschlichem Leid, das gegenwärtig in jenem Teil der Welt herrscht, den menschlichen Überlegungen ohne Zögern der Vorrang gegeben werden muß.

Damit soll in keiner Weise die Wichtigkeit einer politischen Regelung in diesem Gebiet bestritten werden. Die nach dem langen und grausamen Krieg in Indochina entstandene Lage bedroht nicht nur Frieden und Stabilität Südasiens; sie könnte sehr wohl auch zu einer Bedrohung des Weltfriedens werden. Es ist

von allergrößter Bedeutung, daß die Beilegung der Streitigkeiten sofort einsetzt und von allen Konfliktparteien konstruktiv und mit dem Blick auf die Zukunft fortgeführt wird. Wie ich den betreffenden Regierungen bereits mitgeteilt habe, bin ich zu jeder Unterstützung bereit, die sie für nützlich oder wünschenswert halten.

In dieser wie in anderen Situationen der letzten Zeit ist es unbedingt notwendig, daß alle Bemühungen darauf abzielen, eine Regelung im Einklang mit den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen zu finden, insbesondere was die Achtung der territorialen Integrität und politischen Unabhängigkeit aller Staaten und die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten sowie den Verzicht auf Gewaltanwendung angeht.

III. Nahost, Südliches Afrika und Zypern

Von den großen politischen Problemen, für welche die Vereinten Nationen konkrete Verantwortung tragen, ist der Nahe Osten nach wie vor das dringendste und vielschichtigste Problem. Es besteht kein Zweifel, daß diese Frage von zentraler Bedeutung für die politische, wirtschaftliche und militärische Stabilität der Welt ist. Solange Ungewißheit, Zwietracht, Verzweiflung und Gewalt den Nahen Osten beherrschen, wird die Menschheit auch weiterhin mit einem gefährlichen Destabilisierungsfaktor unter dem schweben, ständigen Risiko einer künftigen Katastrophe leben.

Das Nahostproblem ist so heikel, daß es praktisch unmöglich ist, Vorschläge oder Anregungen zu seiner Lösung anzubieten, ohne irgendeine oder sogar alle der beteiligten Parteien zu verstimmen. Diese Problematik haben alle Vermittler, Abgesandten, Verhandlungsbevollmächtigten und Anbieter von guten Diensten zu spüren bekommen, die in den vergangenen 32 Jahren zu helfen versuchten. Die Frage ist nur, wie lange die Welt — von den Völkern des Nahen Ostens ganz zu schweigen — es sich leisten kann, mit dieser Zeitbombe in ihrer Mitte zu leben.

Die dramatischen Entwicklungen, die zum Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel führten, haben in diesem Gebiet eine neue Situation geschaffen. Wie komplex das Nahostproblem ist, läßt sich daran erkennen, daß dieses Ereignis zu Kontroversen und Spaltungen führte. Wiederum sind Verständnis und Weitblick bei gleichzeitiger Wahrung von Grundsätzen und Lebensinteressen vonnöten, um eine sonst hoffnungslose Lage zu meistern. Es ist jetzt nötiger denn je, daß alle Konfliktparteien bei der Überprüfung ihrer Position mehr an die Zukunft als an die Vergangenheit denken.

Ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten kann letztlich nur durch eine umfassende Regelung unter Berücksichtigung aller Aspekte der Frage, vor allem auch der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, erzielt werden. Logischerweise müssen alle betroffenen Seiten einbezogen werden. Ich glaube, daß die Vereinten Nationen, wenn man sich ihrer mit Phantasie und Geduld bedient, in dieser Hinsicht einzigartige Chancen bieten, die noch nicht zur Gänze genutzt sind, und ich hoffe, daß diese Möglichkeiten in den kommenden Monaten ernsthafter als bisher in Erwägung gezogen werden. Wie ich früher bereits angeregt habe, könnte zum Beispiel eine gut vorbereitete internationale Konferenz sehr wohl einen Ausweg aus der gegenwärtigen gefährlichen Lage aufzeigen. Natürlich wird einem solchen internationalen Treffen ein gewissenhafter Konsultationsprozeß mit allen Konfliktparteien voranzugehen haben.

Unterdessen besteht die praktische Arbeit der Vereinten Nationen in diesem Bereich nach wie vor hauptsächlich in friedenssichernden Operationen — im unablässigen Bemühen, ein Wiederaufblenden des Konflikts zu verhindern und Konfrontationen abzuwenden, die so leicht zu einer Ausbreitung der Feindseligkeiten und zur Vereitelung aller Friedensbestrebungen führen können. Ich werde an anderer Stelle dieses Berichts noch auf die Friedenssicherungstätigkeit der Vereinten Nationen zurückkommen.

Ich muß hier jedoch noch auf die Lage im südlichen Libanon eingehen. Die explosivsten Elemente der Nahostproblematik finden sich nicht weit voneinander im und um den südlichen Libanon, und ihre Wechselwirkung ist sowohl eine nationale Tragödie für den Libanon als auch eine ständige Bedrohung des allgemeineren Friedens. Die letzten Wochen brachten eine bedenkliche Eskalation der Gewalt in diesem Gebiet; es kam zu Verlusten unter der Zivilbevölkerung, zu schwerem Sachschaden und zur Flucht vieler Einwohner. Während dieser Bericht geschrieben wird, ist nach wiederholten Bemühungen ein unsicherer Waffenstillstand in Kraft. Diese tragische und unbeständige Situation ist eine Auswirkung der umfassenderen Probleme dieser Region und wird sich erst dann endgültig regeln lassen, wenn auch bei diesen Problemen konkrete Fortschritte erzielt werden. Inzwischen werden wir durch Vertreter der Vereinten Nationen im Konfliktgebiet, insbesondere durch den Kommandanten der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL), unsere Bemühungen zur Aufrechterhaltung der derzeitigen relativen Ruhe fortsetzen. Seit vielen Jahren ist dieses leidgeprüfte Gebiet einem Teufelskreis von Gewalt und Vergeltungsschlägen ausgesetzt, bei dem letztendes immer wieder die Zivilbevölkerung der Verlierer ist. Ich appelliere an alle Beteiligten, mit der UNIFIL zusammenzuar-

beiten und Zurückhaltung zu üben, indem sie das Feuer und die Feindseligkeiten weiterhin so lange einstellen, bis eine grundlegende Bereinigung der Lage möglich wird.

Die Entwicklungen in Simbabwe und Namibia, Gebieten, für die sich die Vereinten Nationen besonders zuständig fühlen, sind enttäuschend verlaufen. Die Schwierigkeit der Simbabwe-Frage und die nunmehr kritische Lage in diesem Territorium geben Anlaß zu ernster Besorgnis. Eine dauerhafte Lösung dieses Problems kann nur durch eine Verfassung gesichert werden, die auf der Zustimmung und Unterstützung aller Beteiligten beruht. Die interne Regelung und die auf ihrer Grundlage abgehaltenen Wahlen genügen dieser Forderung nicht, weshalb sie auch nicht als Basis für eine echte Mehrheitsregierung anerkannt werden können. Es sind erneute Anstrengungen nötig, um alle Parteien zu Verhandlungen über eine annehmbare und dauerhafte Regelung zu bewegen. Geschieht dies nicht bald, so besteht die ernste Gefahr, daß alle in dieser Frage bisher erzielten Fortschritte in Blutvergießen, Trümmern und Chaos untergehen, was zugleich schwerwiegende Folgen für die Sicherheit der gesamten Region hätte.

Ich hoffe sehr, daß die aus der jüngsten Commonwealth-Konferenz in Lusaka hervorgegangenen Ideen und Pläne einen Weg zu einer solchen Regelung weisen können. Inzwischen kommt es darauf an, daß sich alle Mitgliedstaaten an die vom Sicherheitsrat geforderten Maßnahmen halten und bei der Lösung dieses Problems zusammenarbeiten.

Vor einem Jahr gab es gute Gründe, eine baldige Lösung des Namibia-Problems auf der Grundlage des vom Sicherheitsrat gebilligten Aktionsplans zu erwarten. Leider ist die Errichtung einer Präsenz der Vereinten Nationen in Namibia zur Überwachung und Kontrolle von Wahlen verzögert worden. Es bedarf der uneingeschränkten Mitarbeit aller Beteiligten, wenn der Aktionsplan des Sicherheitsrats verwirklicht werden soll. Es haben sich zwar Schwierigkeiten bei der Auslegung gewisser Bestimmungen des Plans ergeben, doch hoffe ich, daß die im Gang befindlichen Gespräche zu den nötigen Klarstellungen führen, so daß wir mit der Unterstützung aller Beteiligten zu Taten schreiten können. Nach so vieler Mühe wäre es wirklich bedauerlich, wenn wir nicht imstande wären, die letzten einem Erfolg noch im Wege stehenden Meinungsverschiedenheiten beizulegen.

Die gegenwärtigen Verhältnisse in Namibia und Simbabwe wirken sich in bedenklicher Weise auf die Sicherheit und wirtschaftliche Zukunft der gesamten Region aus, zumal sie mit andauernden Verlusten an Menschenleben in diesen Ländern sowie mit großangelegten Einfällen in Angola, Botswana, Mosambik und Sambia sowie den entsprechenden Opfern an Menschenleben und umfangreichen Zerstörungen verbunden sind. Es ist einfach unerlässlich, Mittel und Wege zur Erzielung praktischer Fortschritte in diesen beiden Fragen zu finden, ohne die von den Vereinten Nationen niedergelegten Grundsätze aufzugeben.

Unser Ziel sollte eine stabile und gesunde Zukunft des gesamten Südlischen Afrika sein. Dieses Ziel ist jedoch nicht zu verwirklichen, solange es das Apartheid-Problem gibt. Eine der großen Aufgaben der Vereinten Nationen und aller Völker der Region besteht darin, unter allen Umständen die Rassensituation im Südlischen Afrika so zu verändern, daß Männer und Frauen verschiedener Rassen in voller Gleichberechtigung miteinander leben können.

Ein anderer Konfliktbereich, mit dem die Vereinten Nationen sowohl durch friedenssichernde als auch durch friedensstiftende Aktivitäten eng befaßt waren und sind, ist Zypern. Die Friedenssicherungsstreitkräfte der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP) befinden sich seit mehr als 15 Jahren dort und erfüllen unverändert eine integrierende Funktion bei der Wahrung der Ruhe auf der Insel. Gleichzeitig habe ich den mir vom Sicherheitsrat übertragenen Vermittlungsauftrag zur Förderung einer gerechten und dauerhaften Regelung weiter verfolgt. Zu diesem Zweck berief ich im Mai letzten Jahres unter meiner persönlichen Schirmherrschaft eine Konferenz auf hoher Ebene nach Nikosia ein. Dieses Treffen erbrachte eine 10-Punkte-Vereinbarung, in der die Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Volksgruppen gefordert und entsprechende Grundlagen und Prioritäten genannt wurden. Die Gespräche wurden zwar mit großen Hoffnungen wiederaufgenommen, doch stießen sie bald auf Schwierigkeiten, die zu einem vorzeitigen Abbruch führten. Ich habe meine Vertreter angewiesen, unsere Bemühungen zur Überwindung der Schwierigkeiten bei der Wiederaufnahme der Gespräche in Übereinstimmung mit der auf hoher Ebene getroffenen Vereinbarung vom Mai letzten Jahres und den darin genannten Prioritäten fortzusetzen.

Die diesbezügliche Lage ist zur Zeit von zwei Problemkreisen gekennzeichnet. Einer betrifft die erklärten Verhandlungspositionen der Parteien; der andere betrifft die politischen Probleme, auf die die Parteien stoßen, wenn sie sich mit den für ein Gelingen der Gespräche unerlässlichen Kompromissen und Annäherungen befassen. Immer wieder hat es sich als möglich erwiesen, schwerwiegende Differenzen zwischen den Parteien abzubauen sowie Richtlinien und Prioritäten zu vereinbaren, die die Aus-

sicht auf Fortschritte in Richtung einer endgültigen Regelung in sich bergen. Und immer wieder hat man den durch diese Vereinbarungen erzeugten neuen Auftrieb verebben lassen. Zudem führt der Status quo leicht zu einer Eigendynamik, die einer Verhandlungslösung nicht unbedingt zuträglich ist. Mir scheint jedoch, daß ein vorausschauendes und entschlossenes Vorgehen auf der Grundlage der bestehenden Richtlinien und Vereinbarungen zu einer raschen Besserung der Lage auf der Insel führen könnte, mit der den Interessen aller Beteiligten gedient wäre und die die ungleich größere Vorteile brächte als das ständige Anklammern an einen unbefriedigenden und möglicherweise instabilen Status quo. Gleichzeitig könnte dadurch der Weg für eine umfassende politische Regelung frei werden, die auf den fundamentalen und legitimen Rechten beider Volksgruppen sowie auf dem Recht aller Zyprioten auf eine bessere und friedlichere Zukunft beruht.

IV. Die Friedenssicherungsoperationen

Gegenwärtig gibt es fünf Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen. Das Mandat einer sechsten Operation, der Notstandsstreitkräfte der Vereinten Nationen (UNEF), ist unlängst abgelaufen, und für eine mögliche Operation in Namibia, die Unterstützungseinheit der Vereinten Nationen für die Übergangszeit (UNTAG), sind viel Überlegung und Mühe aufgewendet worden.

Alle diese Operationen stehen in engem Zusammenhang miteinander, sowohl ihrer Natur nach als auch dadurch, daß Erfolg und Glaubwürdigkeit der laufenden Operationen sich auf die Bereitschaft zur Zustimmung zu künftigen Friedenssicherungsmaßnahmen und auf deren Erfolgsaussichten auswirken, da Vertrauen ein wesentliches Element erfolgreicher Friedenssicherung ist. Die Friedenssicherungsoperationen sind eine ureigene Schöpfung der Vereinten Nationen und ein wertvolles Instrument bei den Bemühungen des Sicherheitsrats um die Eindämmung von Konflikten und die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Sie sind ein empfindlicher und komplizierter Mechanismus, der nur dann richtig funktionieren kann, wenn bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt und alle Beteiligten bereit sind, die Operationen voll zu unterstützen. Andernfalls können friedenssichernde Operationen zu Kontroversen führen und sogar ihrem eigenen Zweck zuwiderlaufen, was zu einer entsprechenden Abnahme des Vertrauens der Mitgliedstaaten in diese äußerst nützliche und neuartige Methode führt.

Friedenssichernde Operationen werden gewöhnlich in einer spannungsgeladenen Situation ins Leben gerufen, um eine Krise zu entschärfen und einen Konflikt einzudämmen, der sich sonst ausbreiten oder das labile Gleichgewicht des Weltfriedens ernsthaft gefährden würde. Die Resolutionen, durch die diese Operationen geschaffen werden, setzen Ziele, die in der Wirklichkeit bisweilen nicht ohne weiteres zu verwirklichen sind. Wenn diese Ziele über längere Zeit nicht erreicht werden, entsteht eine Stimmung der Frustration, die auf die Dauer sogar die Zukunft der Operation selbst gefährden kann, auch wenn sie noch so nützliche Dienste bei der Eindämmung eines Konflikts geleistet hat bzw. leistet. Dies wiederum entmutigt die Truppen im Felde, die truppenstellenden Regierungen und die Mitglieder des Sicherheitsrats, die diese Operation ursprünglich ins Leben gerufen haben.

Eine grundlegende Vorbedingung für erfolgreiche Friedenssicherungsoperationen ist die Mitwirkung der beteiligten Parteien. Wenn eine davon die Ziele der Operation ablehnt oder starke Vorbehalte hat, so ist ihr wahrscheinlich kein voller Erfolg beschieden und wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach zu zusätzlichen Kontroversen und Reibungen führen. Dann entsteht die Frage, ob der tatsächliche Friedenssicherungswert der Operation trotz dieses Widerstands ihre Fortführung rechtfertigt. Dies ist eine entscheidende Frage, die von allen Beteiligten sachlich und mit größter Ernsthaftigkeit geprüft werden sollte.

Wenn eine Friedenssicherungsoperation fest in einem detaillierten Abkommen zwischen den Konfliktparteien verankert ist und sie zur Einhaltung dieses Abkommens bereit sind, ist ihre Durchführung relativ problemlos. Das war zum Beispiel bei den Notstandsstreitkräften der Vereinten Nationen (UNEF) und bei der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (UNDOF) der Fall. Wenn jedoch eine Operation in einer Notsituation mit zweideutigen und umstrittenen Zielen und Aufgaben und unter nicht ganz realistischen Annahmen aufgestellt wird, so dürften sich wesentlich größere Schwierigkeiten ergeben. Das ist bei der Interimstruppe der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) zweifellos der Fall.

Ich bin der festen Überzeugung, daß die UNIFIL in einem der spannungsgeladesten und explosivsten Teile der Welt bei der Konfliktbegrenzung eine völlig unentbehrliche Aufgabe erfüllt hat und noch erfüllt. Dies scheint mir trotz aller Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten ein ausschlaggebendes Argument für ihre Beibehaltung zu sein. Ich werde zwar meine Bemühungen um die Verwirklichung der vom Sicherheitsrat festgelegten Ziele für die UNIFIL beharrlich fortsetzen, halte es aber für wichtig,

daß die gegenwärtige Bedeutung der Operation trotz all ihrer Schwierigkeiten größere Anerkennung findet. Wie wertvoll die Aufgabe ist, die die UNIFIL gegenwärtig wahrnimmt, könnte am einfachsten bewiesen werden, indem man die Truppe abzieht. Unter den gegenwärtigen Umständen wäre dies zweifellos ein äußerst verantwortungsloses und mit größter Wahrscheinlichkeit katastrophales Experiment, und ich glaube nicht, daß irgendein wirklicher Kenner der Situation dies ernsthaft befürworten würde. Deshalb hoffe ich, daß wir in der äußerst schwierigen Zeit, die die UNIFIL gegenwärtig durchmacht, weiterhin auf die Unterstützung und das Verständnis der Mitgliedstaaten, der beteiligten Parteien und nicht zuletzt der Medien rechnen können. Die Truppe wurde ja gerade deshalb in den Südlibanon entsandt, weil die dortige Lage gefährlich und kompliziert war und sich keine nahe-liegende oder einfache Lösung anbot. Während wir uns um Mittel und Wege zu einer Lösung der Grundprobleme bemühen, sollten wir der Versuchung widerstehen, diese der Friedensstruppe anzulasten, die sich tapfer darum bemüht, die Lage unter Kontrolle zu halten.

Die Notstandstreitkräfte der Vereinten Nationen, deren Mandat am 24. Juli ablief, hatten fast 6 Jahre lang Dienst getan. Sie wurden in einer Zeit starker internationaler Spannungen in Eile aufgestellt und in einer verwirrenden und noch mit Kampfhandlungen verbundenen Konfliktsituation in ihr Einsatzgebiet gebracht. Sie erzielten bei der Stabilisierung der Feuereinstellung und bei der Durchführung mehrerer Entflechtungsabkommen bemerkenswerte Erfolge. Sie halfen in ihrem Operationsgebiet beim Übergang von Kriegsverhältnissen zu einem Friedensvertrag. Die UNEF war eine ausgezeichnete Friedensstruppe. Ich möchte diese Gelegenheit benutzen, um den Befehlshabern, den Offizieren und Mannschaften sowie den zivilen Angehörigen der Streitkräfte für ihren aufopferungsvollen und erfolgreichen Dienst für die Vereinten Nationen meinen herzlichen Dank auszusprechen. Die künftige Rolle der Vereinten Nationen im früheren Operationsgebiet der UNEF ist zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts noch unklar. Die militärischen Beobachter der Organisation der Vereinten Nationen für die Überwachung des Waffenstillstands in Palästina (UNTSO) sind indessen aufgrund noch geltender Beschlüsse des Sicherheitsrats in diesem Gebiet verblieben.

Ohne die Bedeutung und die ausgezeichneten Dienste späterer und größerer Friedenssicherungsoperationen herabmindern zu wollen, möchte ich diese Gelegenheit benutzen, um den Beobachtern der UNTSO, der ältesten Friedenssicherungsoperation der Vereinten Nationen, die — häufig unter Konfliktbedingungen — seit über 31 Jahren ununterbrochen im Nahen Osten tätig war, meine Anerkennung auszusprechen. Die UNTSO wurde ursprünglich 1948 ins Leben gerufen, um den ersten, vom Sicherheitsrat geforderten Waffenstillstand im Nahen Osten zu überwachen, und hat im Laufe der Jahre eine Vielzahl friedenssichernder Aufgaben erfüllt, die ihr vom Sicherheitsrat angesichts der sich ändernden Verhältnisse in der Region übertragen wurden. Ihre einsatzbereiten Offiziere aus 17 Ländern haben sich seit langem den allgemein anerkannten Ruf einer objektiven und genauen Berichterstattung selbst in gefährlichsten Situationen erworben. Sie haben geholfen bei der Entschärfung unzähliger Zwischenfälle, bei der Vereinbarung von Feuereinstellungen, bei unzähligen humanitären Aufgaben und bei der Herstellung einer lebenswichtigen und einmaligen Verbindung zwischen den Konfliktparteien. Mit ihrer Organisation und ihrem Personal haben sie allen späteren Friedenssicherungsgruppen in dieser Region als Ausgangsbasis gedient und haben zugleich diesen Truppen bei der Erfüllung ihrer verschiedenen Aufgaben geholfen. Bei der Erfüllung ihrer wichtigen, in der Öffentlichkeit leider wenig bekannten Aufgaben haben sie schwere Verluste erlitten. Sie leisten auch weiterhin einen unschätzbaren Beitrag zum Frieden im Nahen Osten. Die Vereinten Nationen sind dieser internationalen Gruppe mutiger Offiziere und Soldaten zu großem Dank verpflichtet.

Die Friedenssicherungstreitkräfte der Vereinten Nationen auf Zypern (UNFICYP) sind seit 1964 auf dieser Insel stationiert und haben bei der Wahrung des Friedens in einer äußerst unruhigen Region unschätzbare Dienste geleistet. Nach den Ereignissen von 1974 hat sich die Rolle der UNFICYP grundlegend geändert, aber bis zum heutigen Tage wird ihre weitere Anwesenheit für die Wahrung des Friedens und der notwendigen Atmosphäre für Verhandlungen über eine Lösung des Zypern-Problems als unbedingt erforderlich angesehen. Während die Notwendigkeit der Wahrung friedlicher Verhältnisse auf der Insel unvermindert weiterbesteht, wurden bei den Verhandlungen zwischen den Volksgruppen, die während der Abfassung dieses Berichts unterbrochen sind, nur sehr langsame Fortschritte erzielt. Die Erfahrungen der UNFICYP stellen die akute Frage nach dem Verhältnis zwischen der friedenssichernden (peace-keeping) und der friedensstiftenden (peace-making) Aufgabe der Vereinten Nationen. Die mit dem vorzeitigen Abzug einer Friedenssicherungsgruppe verbundenen Gefahren sind wohl bekannt und können zur Zeit bei UNFICYP kaum in Kauf genommen werden. Dennoch kann es



Neuer Direktor des UN-Informationszentrums Paris ist Dr. Günter Schütze, zuvor Pressereferent der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York. Günter Schütze wurde am 1. Januar 1926 in Hannover geboren, promovierte 1957 an der Universität Göttingen und trat 1965 in den Dienst des Bundespreseamts.

angesichts der gegenwärtigen Realitäten bald nötig werden, das Wirken der Vereinten Nationen auf dieser Insel behutsam zu überdenken.

Die friedenssichernden Operationen sind eine wertvolle Ergänzung des Friedensarsenals. Sie befinden sich jedoch in gewisser Weise noch im Entwicklungsstadium und müssen mit größter Sorgfalt und unter voller Berücksichtigung der jeweils relevanten Grundprinzipien und Umstände eingesetzt werden. Wenn dies geschieht, zweifle ich nicht daran, daß sie sich zu einer zunehmend konsistenten und verlässlichen Stütze für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit entwickeln werden.

V. Wirtschaft und Energie

Auch im vergangenen Jahr stand die Welt wieder vor zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Fast auf jedem Gebiet wuchs die Zahl der wirtschaftlichen Probleme. In vielen Ländern erreichten die Inflation und der Stand der Arbeitslosigkeit ein unannehmbares Ausmaß. Die Wechselkurse waren unstabil und änderten sich sprunghaft. Der Protektionismus nahm zu. Der Außenhandel stagnierte. Das Wirtschaftswachstum in den Industrieländern war langsam und unberechenbar. Den Entwicklungsländern gelang es nicht, vernünftige Entwicklungsraten zu finanzieren. Die offizielle Entwicklungshilfe stagnierte etwa auf halber Höhe des Zielbetrages, auf den man sich in der Internationalen Entwicklungsstrategie geeinigt hatte. Die Situation wird langsam kritisch und eine Fortsetzung der gegenwärtigen Trends würde das Entwicklungstempo der Entwicklungsländer auf Jahre hinaus ernsthaft gefährden. Dies würde wiederum Wachstum und Wohlstand der Industrieländer beeinträchtigen. Wenn die Kräfte, die heute in der Weltwirtschaft wirksam sind, überwunden werden sollen, ist ein entschlossenes konzertiertes Vorgehen erforderlich, das die strukturellen Ursachen der gegenwärtigen Probleme aus der Welt schafft.

Es ist bedauerlich, daß die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft trotz all dieser Tatsachen den drängenden wirtschaftlichen Problemen immer weniger gerecht werden. Die gegenwärtig laufenden multilateralen Verhandlungen haben bisher keine Ergebnisse erbracht, die der Größe und Bedeutung der Aufgabe entsprechen würden.

Im vergangenen Jahr waren durchaus einige Erfolge zu verzeichnen — so die neuen Verhandlungen der Mitglieder des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT), die Einigung über die Grundelemente für einen Gemeinsamen Grundstoff-Fonds (Common Fund) sowie die Erhöhung der Quoten und die Erweiterung der Sonderziehungsrechte im September 1978. So erfreulich diese einzelnen Fortschritte sind, bleiben sie doch weit

hinter dem zurück, was nötig wäre. Die GATT-Vereinbarungen schaffen einen Rahmen für die Bekämpfung eines künftigen Protektionismus, verschaffen jedoch den Ländern, die von den gegenwärtigen protektionistischen Maßnahmen am meisten betroffen sind, wenig unmittelbare Erleichterung. Es muß noch viel getan werden, bevor es zur Errichtung des Gemeinsamen Fonds kommt und die anderen Elemente des Integrierten Grundstoffprogramms verwirklicht sind. Die erhöhten Quoten und die neuen Sonderziehungsrechte reichen für die erhöhten Zahlungsbilanzdefizite und die kumulierten Auslandsschulden der Entwicklungsländer eindeutig nicht aus.

Die Fünfte Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen war die erste internationale Konferenz, die sich eigens mit dem Thema struktureller Wandlungen befaßte. Die Ergebnisse waren begrenzt und enttäuschend. Die Tagung zeigte deutlich, daß viele Länder immer noch davor zurückschrecken, die vollen Konsequenzen der wachsenden Interdependenz der Weltwirtschaft auf sich zu nehmen.

Die multilateralen Verhandlungen, die gegenwärtig im Rahmen der Vereinten Nationen geführt werden, stoßen eindeutig auf Schwierigkeiten. Der aufgrund der Resolution 32/174 der Generalversammlung geschaffene Plenarausschuß hat sich in zwei Bereichen auf gemeinsame Ergebnisse einigen können. Beim einen ging es um den Ressourcentransfer, beim anderen um Landwirtschaft und Ernährungsfragen. Obwohl es sich dabei durchaus um Fortschritte handelte, gelang es dem Ausschuß nicht, anderen Verhandlungen im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen einen neuen Anstoß zu geben. Der Vorbereitungsausschuß für die neue internationale Entwicklungsstrategie konnte bei seinen Bemühungen um den Entwurf der Strategie auf seinen ersten Tagungen keine Fortschritte erzielen.

Angesichts deutlich erkennbarer wirtschaftlicher Nöte können derart langsame Verhandlungsfortschritte nicht hingenommen werden. Die Staaten sollten sich die Gefahr weiterer Verzögerungen so schnell wie möglich klar machen und ihre Haltung angesichts ihrer langfristigen Interessen und Bedürfnisse nochmals neu überdenken.

Eine große Hilfe zur Überwindung der gegenwärtigen Atmosphäre der Unsicherheit und Enttäuschung wäre ein neuer Aufschwung in den Nord-Süd-Verhandlungen. Zu einem solchen neuen Aufschwung kann es jedoch nur durch den echten politischen Willen zur Lösung der Schwierigkeiten kommen. Die Vereinten Nationen haben ein ausreichendes Instrumentarium für zwischenstaatliche Gespräche, Konsultationen und Verhandlungen. Wenn die Mitgliedstaaten bereit sind, dieses Instrumentarium entschlossen einzusetzen, um zu einer Lösung der wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme zu gelangen, können die Vereinten Nationen die entsprechenden Verhandlungen auch unterstützen.

Wenn es zu akzeptablen Lösungen kommen soll, muß auch politische Unterstützung mobilisiert werden. Kurze Begegnungen auf hoher Ebene könnten dabei eine wichtige Rolle spielen. Bei solchen Gipfeltagungen könnte man auch feststellen, wo Einigungsmöglichkeiten bestehen und welche Verhandlungen Vorrang haben sollten. Es versteht sich, daß ich mich jederzeit bereit halte, solchen Versuchen alle erforderlichen Hilfen zur Verfügung zu stellen. Es gibt auch noch andere wichtige Bereiche, in denen dringend eine internationale Zusammenarbeit erforderlich ist. Zwei solche Bereiche wurden vor kurzem mit der Weltkonferenz über Agrarreform und Entwicklung auf dem Lande sowie mit der Konferenz der Vereinten Nationen über Wissenschaft und Technologie im Dienste der Entwicklung herausgestellt.

Das Energieproblem hat sich als zentrales und unmittelbares Anliegen aller Nationen erwiesen. Die zunehmende Erschöpfung der bekannten billigen Ölvorräte bei gleichzeitiger weiterer Zunahme des Energiebedarfs stellt die internationale Gemeinschaft vor eine gewaltige Aufgabe. Damit sind auch tiefgreifende politische Konsequenzen verbunden. Die einzelnen Länder werden die vor allem unter dem Zeichen des Öls stehende Struktur des Energieverbrauchs zugunsten einer sparsamer mit der Energie umgehenden Form des Wachstums aufgeben müssen, bei der sie von stärker diversifizierten Energiequellen ausgehen. Wenn dieser Strukturwandel ohne Überanstrengung der Weltwirtschaft in geordneter Form vor sich gehen soll, wird eine enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Staaten notwendig sein. Außerdem wird auch jeder Staat selbst in seinem eigenen Bereich beachtliche Anstrengungen auf sich nehmen müssen. Es wird nicht ohne Planung und Koordination abgehen, wenn die Interessen der Energieerzeuger, Energieverarbeiter und Energieverbraucher, der ärmeren Verbraucher und der Umweltschützer miteinander in Einklang gebracht werden sollen und wenn es sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene zu einer gerechten Lastenverteilung bei den erforderlichen Umstellungen kommen soll.

Ich habe in der letzten Zeit meine Kontakte mit den einzelnen Staaten in der Energiefrage intensiviert, um zu sehen, wie sie das Problem sehen, und um festzustellen, welche Initiativen vielleicht im Rahmen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet ergriffen werden können. Meinem Gefühl nach wird mehr und mehr aner-

kannt, daß die Energiefrage beim Nord-Süd-Dialog künftig mit an erster Stelle behandelt werden sollte.

Angesichts der Interdependenz der weltwirtschaftlichen Probleme kann man die Energie nicht isoliert von anderen Fragen behandeln. Besonders eng ist die Energiefrage mit internationalen Finanz- und Währungsfragen wie der Schaffung von Reserven, der Finanzierung der Zahlungen und der Entwicklungshilfe verbunden. Es ist an der Zeit, daß sich die Vereinten Nationen auf diesen Gebieten um eine Reihe von ausgewogenen, eng miteinander verknüpften Abkommen und Vereinbarungen bemühen. Wir müssen dabei Mittel und Wege finden, um eine Energieversorgung der Weltwirtschaft sicherzustellen, deren Niveau sich aufrechterhalten läßt, ohne daß die natürlichen Ressourcen auf globaler und nationaler Ebene allzu sehr erschöpft werden und ohne daß gegen das Recht der einzelnen Länder auf die Ausübung einer ständigen Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen verstoßen wird.

In drei Bereichen ist somit ein entschlossenes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft erforderlich:

- > Einmal müssen wir unsere Anstrengungen daraufhin konzentrieren, die Verhandlungen über die Verwirklichung der neuen internationalen Wirtschaftsordnung aus ihrer gegenwärtigen Patt-Situation zu befreien;
- > zweitens müssen wir entschlossen das Energieproblem in Angriff nehmen, das eine der großen Aufgaben der heutigen Zeit darstellt, und auf diesem Gebiet koordinierte und schöpferische Anstrengungen der Weltgemeinschaft in die Wege leiten;
- > drittens müssen wir konzertiert und zielbewußt die dringenden Probleme der ölimportierenden Entwicklungsländer in Angriff nehmen.

Der Ort, an dem sich alle diese verschiedenen Anstrengungen miteinander verbinden lassen, sind meiner festen Überzeugung nach die Vereinten Nationen.

VI. Seerecht

Die Dritte Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen billigte zum Abschluß ihrer achten Tagung im Sommer dieses Jahres ein Arbeitsprogramm, das die Verabschiedung einer Seerechtskonvention im nächsten Jahr vorsieht. Obgleich noch einige Probleme zu lösen sind, waren die an der Konferenz teilnehmenden Delegationen einhellig der Auffassung, daß es aufgrund der vielen informellen Verhandlungsrunden möglich sein werde, im Frühjahr einen Konventionsentwurf formell zu verabschieden und diesen im Sommer zu behandeln, um vor Ende August 1980 die Verabschiedung einer Konvention zustande zu bringen.

Die lange angestrebte Konvention ist nun greifbar nahe, wenn alle Teilnehmerstaaten dieser längsten und umfassendsten diplomatischen Konferenz, die je unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen einberufen wurde, eine letzte Anstrengung zur Verständigung in den wenigen noch ungelösten Fragen unternehmen. Für viele Probleme, die zu Konferenzbeginn vor fast sechs Jahren ausweglos erschienen, bieten sich jetzt Lösungen an, die von den Staaten im Geiste der Kompromißbereitschaft akzeptiert werden können.

Es stehen entscheidende Grundsätze und Interessen auf dem Spiel; vom Ausgang dieser Konferenz könnte es weitgehend abhängen, ob die Regierungen künftig gewillt sein werden, die Einrichtungen der Vereinten Nationen zur internationalen Verständigung über globale Fragen voll zu nutzen. Ich hoffe daher, daß die Regierungen, nachdem sie so bemerkenswerte Fortschritte in dieser höchst schwierigen und komplizierten Materie erzielt haben, in der Endphase der Konferenz das nötige Entgegenkommen aufbringen können, das den Abschluß eines zukunftsweisenden Vertragswerkes ermöglicht.

VII. Menschenrechte

Bei der Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten konnten wir im vergangenen Jahr zwar einige Fortschritte verzeichnen, es traten jedoch auch bedauerliche und schwerwiegende neue Probleme auf.

Die Welt achtet zwar jetzt mehr auf Menschenrechtsverletzungen und erkennt inzwischen deutlicher, daß die Einrichtungen zum Schutz des Einzelnen gestärkt werden müssen, die Zahl der offenen, zuweilen massiven Übergriffe auf die Würde des Menschen gibt jedoch weiterhin Anlaß zu größter Sorge.

Ganze Völker, einzelne Menschen und Personengruppen in aller Welt setzen große Hoffnungen in die Vereinten Nationen und erwarten von ihnen zu Recht, daß sie gegen Mißachtung oder Verletzung der Menschenrechte etwas unternehmen. Wir müssen uns natürlich darüber im klaren sein, daß die Vereinten Nationen diese Erwartungen nicht immer voll erfüllen konnten. Wie ich schon in früheren Jahren betonte, ist der Erfolg der Vereinten Nationen im Menschenrechtsbereich unlösbar mit der Haltung ihrer Mitgliedstaaten verknüpft. Aufgrund der Charta ist jedes Mitglied der Vereinten Nationen selbst dazu verpflichtet, in seinem Hoheitsbereich für die Achtung der Menschenrechte zu sorgen; die Bestimmungen der Internationalen Menschenrechtscharta richten sich ja im wesentlichen an die Regierungen.

Gleichzeitig haben die Vereinten Nationen als Institution aufgrund der Charta und aufgrund der von den entsprechenden beschlussfassenden Organen festgelegten Verfahren und Methoden auch wichtige eigene Pflichten im Bereich der Menschenrechte. Dazu gehört, daß sie international anerkannte Normen zum Schutz und zur Einhaltung der Menschenrechte aufstellen, daß sie zur Unterstützung dieser Normen das Gewicht der internationalen Gemeinschaft und der öffentlichen Meinung ins Spiel bringen, daß sie darüber wachen, daß die Mitgliedstaaten gewisse hierzu eingegangene Verpflichtungen erfüllen, und daß sie in bestimmten Fällen grobe Menschenrechtsverletzungen untersuchen und bekanntmachen. In einigen Fällen konnten die Vereinten Nationen trotz der damit verbundenen heiklen Probleme mit einer Stimme sprechen. Es muß jedoch auf diesem Gebiet noch viel getan werden. Die Vereinten Nationen können ihre Möglichkeiten in diesem Bereich nur dann voll ausschöpfen, wenn die Mitgliedstaaten zu ihren Verpflichtungen stehen und das in sie gesetzte Vertrauen akzeptieren und rechtfertigen.

Unter den positiveren Entwicklungen des letzten Jahres ist die weitreichende Debatte in der Generalversammlung, in der Menschenrechtskommission und im Wirtschafts- und Sozialrat über eine mögliche Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Vereinten Nationen im Menschenrechtsbereich zu nennen. Diese Debatte soll auch in Zukunft weitergehen. Ich bin meinerseits bereit, alle brauchbaren Vorschläge zu prüfen, wie das Sekretariat stärker in einem Bereich eingesetzt werden könnte, der für die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung ist.

Internationale Organe, die mit Menschenrechtsfragen zu tun haben, bemühten sich wie schon bisher um ein stärkeres Bewußtsein von der wichtigen Rolle der Menschenrechte bei der Entwicklung. Die Menschenrechtskommission behandelt derzeit eine wichtige Untersuchung über die internationale Bedeutung des Rechts auf Entwicklung und verlangte jetzt weitere Untersuchungen über die regionale und nationale Bedeutung dieses Grundrechts. Auch die Unterkommission für die Verhütung von Diskriminierung und für Minderheitenschutz befaßte sich mit dem Zusammenhang zwischen den Menschenrechten und der neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Diese Untersuchungen deuten darauf hin, daß man erkannt hat, daß der Mensch ein Recht auf Entwicklung hat, daß die Achtung der Menschenrechte eine Atmosphäre schaffen kann, die den Menschen zu größeren Entwicklungsanstrengungen anspornt, und daß die Frage der Menschenrechte eine wesentliche Komponente integrierter Entwicklungsmaßnahmen sein muß.

Im vergangenen Jahr faßten Organe der Vereinten Nationen bei der Behandlung grober Menschenrechtsverletzungen bedeutsame Beschlüsse. In einigen Fällen wurden Untersuchungen eingeleitet, in anderen wurden einzelne Sachverständige mit einer Untersuchung betraut und in wieder anderen wurde ich selber ersucht, mit einzelnen Regierungen Kontakt aufzunehmen und mit ihnen die Menschenrechtssituation in ihrem Land zu erörtern.

Die Staatengemeinschaft neigt noch immer dazu, wegen den sonstigen, oft damit zusammenhängenden Aspekte zwischenstaatlicher Beziehungen an dieses heikle Problem nur mit Vorsicht heranzugehen. Aus offensichtlichen Gründen können es sich nichtstaatliche Organisationen leisten, wesentlich direkter vorzugehen, was sie auch tun. Ich kann die Gründe für die Vorsicht der Regierungen verstehen, die bei vielen Menschenrechtsverletzungen bis zu einem gewissen Grad auch für den Spielraum des Generalsekretärs gelten. Vorsichtiges Handeln darf in einer so lebenswichtigen Grundsatzfrage jedoch auf keinen Fall zur bequemen Ausrede werden.

Die weltweite Ratifizierung der internationalen Menschenrechtspakete macht weiterhin Fortschritte. Aber Ratifizierungen und Beiträge müssen schneller erfolgen, wenn das Ziel der Universalität ohne weiteres langes Warten erreicht werden soll. In dem aufgrund des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte geschaffenen Menschenrechtsausschuß führen die Regierungen mit dem Ausschuß einen Dialog, in dessen Verlauf ihre politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme im Hinblick auf die Einhaltung der internationalen Menschenrechtsgesetze international unter die Lupe genommen werden. Der Wirtschafts- und Sozialrat arbeitete auch an einem Verfahren zur Behandlung von Berichten der Vertragsstaaten des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Die Vereinten Nationen unterstützen und ermutigen weiterhin regionale, nationale und lokale Aktivitäten zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte und veranstalteten im vergangenen Jahr weltweit und regional Seminare zu diesen Themen. Der von der Organisation Amerikanischer Staaten eingesetzte, neugegründete Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte stellt einen bedeutenden Schritt zur Stärkung regionaler Menschenrechtseinrichtungen dar. Das derzeit in Monrovia stattfindende Seminar zu der Frage, ob eine afrikanische Regionalkommission für Menschenrechte geschaffen werden soll, ist ein weiterer erfreulicher Fortschritt bei der Stärkung regionaler Menschenrechtseinrichtungen.

Das Internationale Jahr des Kindes rief uns sehr eindringlich ins Gedächtnis, unter welch ungeheuren Entbehrungen Kinder in vielen Teilen der Welt zu leiden haben, und nur zu oft mußten wir auch feststellen, daß auch Kinder Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden. Wir dürfen einfach nicht zulassen, daß Kinder in der heutigen Zeit so leiden müssen. Ich hoffe aufrichtig, daß die außerordentlichen Anstrengungen, die Staaten und nichtstaatliche Organisationen in diesem Jahr zur Förderung der Interessen und Rechte der Kinder in aller Welt unternehmen, auch diesem Ziel und anderen Zielen der Erklärung der Rechte des Kindes zugute kommen.

Meinerseits habe ich wie auch schon bisher im Menschenrechtsbereich alles in meinen Kräften Stehende getan, wenn ich der Meinung war, daß mein persönlicher Einsatz einzelnen Menschen oder Gruppen nützen könnte. Mehr denn je bin ich davon überzeugt, daß die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten das Kernstück unserer vornehmsten Aufgabe bei den Vereinten Nationen sein muß — dem Aufbau einer gerechten und menschlichen künftigen Welt.

VIII. Flüchtlingsfragen

Eine der schmerzlichsten menschlichen Erfahrungen war die Entwurzelung von Millionen von Menschen, die Heim und Familie verloren und sich unbekanntem Gefahren, Entbehrungen und Verzweiflung gegenübersehen. Zur Milderung dieser entsetzlichen Flut menschlichen Leids haben sich die Vereinten Nationen mit großer Energie immer stärker für die Flüchtlinge in aller Welt eingesetzt.

In diesem Jahr befaßten sich zwei bedeutende Konferenzen mit dem Flüchtlingsproblem, eine in Aruscha in der Republik Tansania mit der Lage der Flüchtlinge in Afrika, die andere in Genf mit den Problemen der Flüchtlinge und Vertriebenen in Südostasien. Beide erbrachten positive Ergebnisse.

Auf der Konferenz von Aruscha wurde der Grundsatz bekräftigt, daß es sich bei der Asylgewährung um einen friedlichen und humanitären Akt handelt, den kein Staat als unfreundliche Handlung auffassen sollte. Ferner unterstrich diese Konferenz, wie wichtig die strikte Einhaltung des Prinzips der Nichtabweisung (non-refoulement) ist. Diese Grundsätze gelten ganz genau wie in Afrika auch für andere Situationen, die zu Flüchtlingsbewegungen führen. Die Maßnahmen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge für die indochinesischen Flüchtlinge nahmen einen immer größeren Umfang an. Als die Abwanderung von Flüchtlingen aus Vietnam, Laos und Kambodscha immer umfangreicher wurde und die Erstaussiedler die Belastung so untragbar fanden, daß sie sich gezwungen fühlten, neue Flüchtlinge abzuweisen, wurde jedoch deutlich, daß noch viel umfassendere und spektakuläre Maßnahmen nötig waren. Die grausige Vorstellung von Männern, Frauen und Kindern auf überfüllten, auf dem Meer treibenden und nur zu oft untergehenden Booten und anderen, die auf dem Festland inmitten militärischer Auseinandersetzungen, Anarchie und Hungersnot ihrem Schicksal überlassen blieben, rüttelte das Gewissen der Regierungen und Völker in allen Erdteilen auf.

Das war der Grund, warum ich nach Absprache mit dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge und einer Reihe betroffener Regierungen beschloß, eine Konferenz auf hoher Ebene einzuberufen, die sich mit der Not dieser Menschen befassen sollte.

Ich war sehr erfreut über die Reaktion der Mitgliedstaaten auf diese Initiative und über ihre Unterstützung während der Konferenz. Mein Dank gilt auch allen, die sich konkret zu einer zusätzlichen Unterstützung des Flüchtlingsprogramms und der entsprechenden Maßnahmen verpflichteten, auf die man sich zur Begrenzung des Problems und zur Verringerung der tragischen Verluste an Menschenleben im Zuge des unkontrollierten, massiven Flüchtlingsstroms geeinigt hatte. Die Neuansiedlungsangebote verdoppelten sich von 125 000 auf 260 000 und es trafen ganz beträchtliche neue Zusagen für Geldspenden und Sachleistungen im Wert von über 160 Millionen Dollar ein. Ich glaube, die Teilnehmer waren ebenso froh wie ich, daß auf einer solchen Konferenz von nur zwei Tagen so viel erreicht werden konnte.

Dabei ging es hauptsächlich darum, dringende menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Das ändert aber nichts an der grundlegenden Notwendigkeit akzeptabler politischer Lösungen. Alle Betroffenen müssen unbedingt versuchen, von gegenseitigen Beschuldigungen und Konflikten zu staatsmännischen und weitsichtigen Bemühungen um eine Lösung der tieferen Probleme dieses von Tragik und Kriegen gekennzeichneten Gebiets vorzudringen. Inzwischen muß dringend alles getan werden, um das Leben der indochinesischen Flüchtlinge und Vertriebenen und der schwer mitgenommenen kambodschanischen Bevölkerung zu retten. Darum kommen wir nicht herum — auch wenn (wie wir nur allzu gut wissen) die politischen Probleme noch so kompliziert sein mögen.

IX. Arbeitsmethoden der Organisation

Wie alle politischen Institutionen in dieser Zeit des Wandels müssen sich die Vereinten Nationen mit der Frage befassen, wie weit

sich ihre Organisation und ihre Verfahren ausreichend lenken lassen und dazu eignen, den gewaltigen und drängenden Problemen unserer Zeit erfolgreich zu begegnen. Ich glaube zwar, daß die meisten Delegierten meine diesbezüglichen, im letzten Jahresbericht über die Arbeit der Organisation ausgesprochenen Befürchtungen teilten und mehr oder weniger mit meiner Analyse des Problems übereinstimmten; in den dazwischenliegenden 12 Monaten scheint sich jedoch sehr wenig verändert zu haben. Faktisch haben sich die Dinge in mancher Beziehung sogar verschlechtert. Um ein praktisches Beispiel herauszugreifen — die Dokumentation: Die Situation ist gegenwärtig so, daß die bestehenden Dienste der Vereinten Nationen die ständig zunehmende Arbeitsbelastung nicht mehr auffangen können. Dieser drohende Zusammenbruch eines Dienstes, den die Mitgliedstaaten mehr oder weniger für selbstverständlich halten, ist symptomatisch für die Belastung, die dem internationalen System durch die ständige Inflation der Aktivitäten und den Mangel an wirkungsvoller Kontrolle und Zurückhaltung auferlegt wird.

Ich bin nicht in Zweifel darüber gelassen worden, daß viele Regierungen von Mitgliedsländern zunehmend besorgt über den Abfluß von finanziellen und personellen Ressourcen sind, den der sich ständig steigernde Wirbel internationaler Konferenzen und damit verbundener Aktivitäten nach sich zieht. Es wird offensichtlich von vielen angenommen, daß diese Tendenz durch Maßnahmen des Sekretariats nennenswert verringert werden könnte. Ich möchte deshalb mit allem Nachdruck feststellen, daß die gegenwärtige, fortgesetzte Überhandnahme von Aktivitäten unmittelbar den Beschlüssen der Mitgliedstaaten in den verschiedenen Organen der Vereinten Nationen zuzuschreiben ist. Diese zuweilen unkoordiniert und sogar beiläufig gefaßten Beschlüsse schaffen neue Institutionen sowie neue Bedürfnisse an Dokumentation und Dienstleistungen und vergrößern gewöhnlich auch die Arbeitsbelastung der bestehenden Dienste, die nicht entsprechend erweitert worden sind. Oft besteht, so darf ich hinzufügen, eine große Diskrepanz zwischen solchen Beschlüssen der Regierungen und den Auffassungen, die ihre Vertreter in den mit Verwaltungs- und Haushaltsfragen befaßten zwischenstaatlichen Organen zum Ausdruck bringen.

Wenn wir versuchen wollen, dieser institutionellen Inflation zu begegnen, die keine neue Erscheinung ist und sich auch nicht auf die Vereinten Nationen beschränkt, müssen wir realistisch vorgehen. Wir müssen anerkennen, daß politische Überlegungen bei Organisationsfragen eine dominierende Rolle spielen und daß das System der Vereinten Nationen — auf Gedeih und Verderb — keine Ausnahme von dieser Regel bildet. Wir müssen akzeptieren, daß wir wahrscheinlich kein völlig konsequentes und funktionsgerechtes institutionelles System erreichen können und daher das bestehende so entwickeln müssen, daß es besser funktioniert. Wir müssen uns auch abfinden mit einem bestimmten Maß an Flucht in Institutionen, wenn die Regierungen dieser Welt vor neuen und über ihre Kraft gehenden Problemen stehen. Damit meine ich, daß es manchmal leichter ist, eine Konferenz einzuberufen oder auch eine neue Institution zu gründen als ein komplexes Problem direkt anzugehen. Innerhalb dieser Grenzen müssen wir uns mit neuer Kraft darum bemühen, unsere Institutionen zu rationalisieren, sie besser an ihre erklärten Zwecke anzupassen, ihre Aktivitäten so zu lenken und zu koordinieren, daß sich insgesamt eine möglichst große Wirkung ergibt und sie so aufgeschlossen wie möglich gegenüber den echten Problemen unserer Zeit zu machen. Zusammen mit dem Generaldirektor für Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit werde ich gemeinsam mit unseren Kollegen im Sekretariat und in den Sonderorganisationen auch künftig unsere Bemühungen um diese Ziele fortsetzen. Ohne die aktive Mitarbeit und das Verständnis der Mitgliedstaaten der entsprechenden Organisationen können diese Bemühungen jedoch keinen Erfolg haben.

Im Bemühen um eine Verbesserung der Arbeitsmethoden der Generalversammlung habe ich den Mitgliedern im Juni dieses Jahres einen Bericht über die Rationalisierung der Verfahren und der Organisation der Generalversammlung vorgelegt. Angesichts dessen, daß eine größere Veränderung der bestehenden Praktiken und Verfahren eine behutsame Erörterung und ausführliche Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten erforderlich machen würde, habe ich eine Reihe von relativ bescheidenen Vorschlägen zur Verbesserung der Arbeit der Versammlung vorgebracht, die, so hoffe ich, zu Beginn der vierunddreißigsten Tagung weitgehende Zustimmung finden werden. Allgemein gesprochen sollen diese Vorschläge einige der Schwierigkeiten überwinden, die darin bestehen, daß innerhalb desselben Zeitrahmens, der der Tagung der Generalversammlung vor 34 Jahren zugewilligt wurde, ein Arbeitsanfall bewältigt werden soll, der viermal so viel Tagesordnungspunkte und dreimal so viel Mitglieder wie bei der Gründung der Vereinten Nationen umfaßt. Ich möchte hoffen, daß diese Vorschläge nur ein Anfang sind und daß die Mitgliedstaaten den Wunsch haben werden, den Verbesserungsprozeß mit radikaleren Schritten fortzusetzen.

Die Genfer Konferenz über Indochina-Flüchtlinge, die ich bereits in ihrem humanitären Zusammenhang erwähnt habe, mag einige

Anregungen für künftige Bemühungen liefern, mit dringenden Problemen in anderer Weise als der traditionellen Konferenzmethode fertig zu werden. Mit voller Unterstützung der Mitgliedstaaten und trotz der unterschiedlichen politischen Auffassungen vieler von ihnen waren wir in der Lage, ein kurzes, sachliches Treffen abzuhalten, das nur einem einzigen Hauptzweck diente. Die praktischen Ergebnisse dieser Konferenz sprechen sowohl für den Geist der Teilnehmer als auch für die Nützlichkeit dieser Methode. Ich würde es begrüßen, wenn Mitgliedstaaten auf andere größere Probleme hinweisen, die ihrer Ansicht nach am besten durch Ad-hoc-Konferenzen dieser Art behandelt werden könnten.

X. Mitwirkung der Öffentlichkeit

Eine Organisation muß in der Lage sein, ihre Aufgaben erfolgreich zu erfüllen und einen für die Öffentlichkeit sichtbaren nützlichen Einfluß auszuüben, wenn die Öffentlichkeit Vertrauen in sie haben soll. Diese einfache Maxime wird in den Vereinten Nationen dadurch kompliziert, daß wir es hier mit einer ungeheuer vielfältigen Öffentlichkeit zu tun haben und daß die zu behandelnden Probleme außerordentlich umfangreich und komplex sind.

Ich muß ganz offen sagen, daß ich nach wie vor über die herrschende Einstellung der Öffentlichkeit zu den Vereinten Nationen sowie darüber beunruhigt bin, daß es uns offensichtlich nicht gelingen will, in der Öffentlichkeit die umfassende Unterstützung, das Vertrauen und das Verständnis zu schaffen, ohne die wir die großen Ziele, von denen das künftige Wohlergehen der Menschheit — ja sogar ihr Überleben — abhängen können, nicht erreichen werden. Sicherlich gibt es Zeiten, gewöhnlich Zeiten internationaler Krisen und Befürchtungen, in denen man die Möglichkeiten unserer Organisation erkennt und in denen weite Kreise begreifen, wie nützlich diese für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist. Sicherlich gibt es viele Länder, vor allem Entwicklungsländer, die für die Hilfeleistungen des Systems der Vereinten Nationen und für deren umfangreiche wirtschaftliche und soziale Programme dankbar sind und sie als wichtig und richtungweisend für die Zukunft ansehen. Sicherlich bringen Staaten, die vor unlösbaren oder unerträglichen Problemen stehen, diese vor das zuständige Organ der Vereinten Nationen mit der Bitte um Hilfestellung und Übernahme eines Teils der Last. Alle diese Reaktionen sind wichtige Hinweise auf das, was die Vereinten Nationen an Nützlichem tun können und sollten.

Bisher noch nicht ausreichend entwickelt ist jedoch eine allgemeine und konsequente Unterstützung der Gesamtheit der Ziele und Aktivitäten der Vereinten Nationen als eines Arbeitsmodells für eine echte Weltgemeinschaft. Dies wird besonders deutlich an den Reaktionen bzw. den fehlenden Reaktionen auf viele Beschlüsse des Sicherheitsrats. Es wird auch deutlich an der mangelnden Bereitschaft vieler Staaten, Probleme, die ganz offensichtlich unter die Charta fallen, vor die Vereinten Nationen zu bringen, bis ihnen keine andere Wahl mehr bleibt und die Probleme zu explosiv und gefährlich geworden sind, als daß man sie weiter ignorieren könnte.

Dieser Mangel an konsequenter Unterstützung einer Weltorganisation, mit der die Gründerstaaten von 1945 künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges bewahren wollten, mag in normalen Zeiten nicht sonderlich ins Gewicht fallen, auch wenn dies sicherlich bedeutet, daß die Vereinten Nationen die Aufgaben, um deren willen sie gegründet wurden, nicht immer angemessen erfüllen können. Es besteht jedoch die ganz reale Gefahr, daß wir beim Erwerb der Gewöhnung und Erfahrung, die wir nach allgemeiner Ansicht brauchen, wenn unsere Welt unter den neuen und außerordentlich komplexen Bedingungen der achtziger Jahre funktionsfähig bleiben soll, kostbare Zeit verlieren. Noch bedenklicher ist die ständige Gefahr, daß wir aus verschiedenen — z. T. voraussehbaren und z. T. unerwarteten — Gründen plötzlich vor einer dramatischen Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit stehen, der die Vereinten Nationen in ihrem derzeitigen Entwicklungsstadium vielleicht nicht gewachsen sind.

Diese beiden Erwägungen sind meines Erachtens die beiden überzeugendsten Gründe, die uns veranlassen sollten, uns erneut um umfassendes Vertrauen und allgemeine Unterstützung seitens der Völker der Welt zu bemühen. Wir müssen die Menschen davon überzeugen, daß es bei dem Kampf um Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde, der hier in den Vereinten Nationen geführt wird, weitgehend um ihre eigenen Dinge geht und daß ihre Unterstützung, ihr Verständnis und, wenn notwendig, auch ihre Kritik das Ergebnis dieses Kampfes maßgeblich beeinflussen können. Mit Informationsprogrammen allein können wir dies nicht erreichen. Wir müssen, vor allem bei wichtigen Fragen, zeigen können, daß die Weltorganisation diese Probleme sachgerecht behandeln kann und auch tatsächlich behandelt; daß sie Erfolge erzielen kann und auch tatsächlich erzielt, die — so unvollkommen sie sein mögen — den Unterschied zwischen Ordnung und Chaos oder unter extremen Umständen sogar zwischen Frieden und Zerstörung ausmachen.

Dies ist eine Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen, wenn wir der Verantwortung und der Ehre gerecht werden wol-

len, in der einen oder anderen Weise für die Vereinten Nationen zu arbeiten. Wenn es uns gelingt, dieser Herausforderung zunehmend gerecht zu werden, können wir auch eher eine umfassendere und positivere Berichterstattung der Medien über alle Aspekte unserer Arbeit erwarten.

Die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber den Vereinten Nationen reicht von entschiedener Unterstützung über eine Mischung aus mangelndem Interesse, Gleichgültigkeit und sogar Verachtung bis — in einigen Fällen — zu aktiver Feindseligkeit. Manchmal läßt sich eine solche Einstellung aus den besonderen Umständen erklären. In anderen Fällen kann man sie nur auf mangelnde Kommunikation und Überzeugungskraft zurückführen. Nur sehr wenige Menschen verstehen die Vereinten Nationen als politische Einrichtung oder ein System von Sonderorganisationen, die sich unter den neuen komplexen Bedingungen und widersprüchlichen Tendenzen unserer heutigen Welt weiterentwickeln. Nur sehr wenige wissen von den Möglichkeiten der Vereinten Nationen als wichtiger ausgleichender Faktor, als Sicherheitsventil oder als Instrument zur Bewältigung von Konflikten zu wirken. Im selben Maße, in dem die Erinnerung an den Weltkrieg verblaßt, begreift man offensichtlich immer weniger, wie notwendig es ist, Schritt für Schritt das Grundgerüst einer funktionsfähigen Weltgemeinschaft aufzubauen, die den Stürmen der Zeit gewachsen ist und den gemeinsamen Problemen einer ungewissen Zukunft ins Auge zu blicken vermag. Statt dessen drängen sich im Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Weltorganisation macht, nur allzuoft kleine, mehr oder weniger irrelevante Angelegenheiten in den Vordergrund.

Diese Dinge müssen geändert werden, wenn wir aus mehr oder weniger abstrakten Diskussionen in die Realisierungsphase eintreten wollen, die bei jedem Schritt auf eine solide Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen ist. Ich hoffe, daß sich alle Regierungen der Mitgliedstaaten dieses grundlegende Erfordernis ihrer eigenen Organisation vor Augen halten und uns im Sekretariat wie auch allen freiwilligen Organisationen, die so gerne zu einer Mitwirkung bereit sind, dabei helfen, die Unterstützung und das Vertrauen der Öffentlichkeit zu gewinnen, die wir brauchen, wenn die Vereinten Nationen ihre Aufgaben besser erfüllen sollen.

In diesem Zusammenhang nehme ich erfreut zur Kenntnis, daß die Generalversammlung auf ihrer letzten Tagung erneut erklärt hat, daß die Weltöffentlichkeit besser über die Ziele und Leistungen der Vereinten Nationen — einschließlich der Grundsätze und Ziele der neuen internationalen Wirtschaftsordnung — unterrichtet werden muß. Die Versammlung ersuchte mich, die nötigen Maßnahmen zur Gewährleistung enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, den Sonderorganisationen, mit nichtstaatlichen Organisationen und anderen Informationsorganen bei der Ausarbeitung der Informationspolitik und der Informationsprogramme des Systems der Vereinten Nationen zu ergreifen. Die Versammlung setzte dabei auch einen aus 41 Mitgliedern bestehenden Ausschuß zur Überprüfung der Informationspolitik und der Informationstätigkeit der Vereinten Nationen ein.

Angesichts der konstruktiven und nützlichen Debatte, die in diesem Jahr im Ausschuß wie auch in seiner Ad-hoc-Arbeitsgruppe stattgefunden hat, freue ich mich auf allgemeine Richtlinien, in deren Rahmen neue Wege in der Presse- und Informationsarbeit der Vereinten Nationen beschritten und praktische Maßnahmen ergriffen werden können, die eine breitere Öffentlichkeit zur Unterstützung der Vereinten Nationen veranlassen.

XI. Der internationale öffentliche Dienst

Wie ich schon in meinem Bericht vom Vorjahr erklärt habe, steht der Gedanke des internationalen öffentlichen Dienstes im Zentrum unserer Bemühungen um den Aufbau eines leistungsfähigen Systems für eine Weltordnung. Vor allem aus diesem Grund meine ich, daß die Mitgliedstaaten diese Grundfrage ständig bedenken sollten. Ich muß offen sagen, daß der internationale öffentliche Dienst meines Erachtens an einem kritischen Punkt angelangt ist. Dies ist auf die Tatsache zurückzuführen, daß offensichtlich immer weniger Staaten bereit sind, ihre Charta-Verpflichtungen bezüglich der Unabhängigkeit des Sekretariats in der Praxis einzuhalten. Diese Tendenz entwickelt ihre eigene Dynamik: Wenn ein Staat oder eine Gruppe von Staaten diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, sind andere Staaten leicht geneigt, dies ebenfalls nicht zu tun, aus Angst, ihren Einfluß im Sekretariat zu verlieren. Diese Entwicklung bedeutet eine Gefahr für den in der Charta umrissenen lobenswerten und wichtigen Versuch, ein wahrhaft internationales Sekretariat aufzubauen, in dem alle dasselbe Ziel vor Augen haben: für die Vereinten Nationen zu arbeiten.

In den Vorjahren habe ich ausgeführt, welche Haltung und welche Maßnahmen erforderlich sind, um einen leistungsfähigen, stabilen und unabhängigen internationalen öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Die einzelnen Staaten bringen diesem Prozeß immer noch nicht die erforderliche, volle Unterstützung und Einsicht entgegen, und ich glaube, es ist allerhöchste Zeit, daß wir — im vollen Bewußtsein unserer unterschiedlichen Ansichten in dieser Frage — unsere Standpunkte und unsere Haltung zum internationalen öf-

fentlichen Dienst neu überdenken. Es liegt weder im Interesse der Staatengemeinschaft noch der Mitgliedstaaten, wenn der Gedanke des internationalen öffentlichen Dienstes so unglaubwürdig wird, daß es immer schwieriger wird, auf breiter geographischer Grundlage die hochqualifizierten und engagierten Männer und Frauen zu gewinnen, die wir brauchen, um der Sache des Friedens dienen zu können.

Wie schon erwähnt, vertreten die Mitgliedstaaten schon hinsichtlich des bloßen Gedankens eines internationalen öffentlichen Dienstes unterschiedliche Ansichten. Offensichtlich finden in unserer Umgebung Veränderungen statt, die auch einige der grundlegenden beruflichen Erfordernisse des Dienstes zur Folge gehabt haben. Diese Veränderungen haben auch die Haltung und Bindung der Mitarbeiter an das Sekretariat verändert. Wir versuchen zur Zeit, diese Faktoren in den Griff zu bekommen, die bei ungenügender Beachtung den internationalen öffentlichen Dienst nur schwächen können. Vor allem hinsichtlich der Stellung der Frau und der Rolle der Entwicklungsländer sind wir darum bemüht, die gegenwärtigen Verhältnisse zu verbessern.

Natürlich lassen sich diese und andere grundlegende Probleme nicht von heute auf morgen lösen. Inzwischen kommt es darauf an, daß wir uns in dieser Frage verstärkt für die Grundsätze und Ziele der Charta einsetzen. In allen noch so verschiedenen Tätigkeitsbereichen ist es entscheidend, daß ein leistungsfähiger internationaler öffentlicher Dienst entsteht, wenn die Vereinten Nationen ihre künftigen Aufgaben erfüllen sollen. Wenn sich die Mitgliedstaaten für diese Ziele einsetzen und den damit verbundenen Problemen das nötige Verständnis entgegenbringen, sollten wir in der Lage sein, bei der Lösung dieses grundlegenden Problems ein gutes Stück weiterzukommen.

XII. Haushaltsfragen

Unter Einhaltung der von mir auf der dreiunddreißigsten Tagung der Generalversammlung eingegangenen Verpflichtung habe ich entschlossen eine sparsame Haushaltspolitik verfolgt, die sich darin zeigt, daß die von mir vorgelegten ordentlichen Haushaltsentwürfe einen erheblichen Rückgang der realen Wachstumsraten aufweisen. Während die ersten Haushaltsvorschlüsse für den vorigen und den laufenden Zweijahreszeitraum reale Wachstumsraten von 3,5 bzw. 2,2 Prozent vorsahen, wurde die reale Wachstumsrate der ersten Haushaltsvorschlüsse für den Zweijahreszeitraum 1980/1981 auf weniger als 1 Prozent beschränkt.

Die immer schwerere finanzielle Last, die den Mitgliedstaaten aufgebürdet wird, macht es uns zur Pflicht, uns weiterhin beharrlich und erfolgreich um eine sparsame Haushaltspolitik und — gegebenenfalls durch ihre Umgruppierung sowie durch eine Neufestsetzung der Prioritäten — um eine optimale Nutzung unserer Ressourcen zu bemühen. Die Ergebnisse dieser Anstrengungen lassen sich am Entwurf für den Programmhaushalt 1980/1981 ablesen, der auf einer umfassenden Umgruppierung von Ressourcen beruht und in dem eine ganze Reihe von neuen Aktivitäten mit Hilfe von Geldern finanziert werden sollen, die durch den Abschluß oder die Einstellung früherer Aktivitäten frei werden. Die Ergebnisse dieser ersten Phase der Einführung eines Systems zur laufenden Programmüberwachung sind meiner Ansicht nach recht erfreulich, und ich habe deshalb auch vor, dieses System auf die verschiedenen Ebenen der Programm- und Mittelverwaltung auszudehnen.

Weiterhin Schwierigkeiten bereitet die Finanzierung der Friedenssicherungsmaßnahmen, da sowohl die veranlagten wie die freiwilligen Beiträge zur Deckung der laufenden Kosten nicht ausreichen. Den truppenstellenden Ländern werden die ihnen entstehenden Kosten weder laufend noch in voller Höhe der vereinbarten Sätze erstattet. Sie haben mich wissen lassen, daß ihnen diese Situation, die eine schwere Last für ihre Regierungen bedeutet, große Sorgen bereitet. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, könnte es — wie sich bereits erkennen läßt — für einige truppenstellende Länder mit geringeren Ressourcen schwierig oder unmöglich werden, sich an friedenssichernden Operationen zu beteiligen; das wiederum würde dem wichtigen Grundsatz einer gerechten geographischen Verteilung bei der Zusammensetzung von Friedenssicherungsgruppen widersprechen. Auf jeden Fall kann es gerechterweise nicht angehen, daß die Last der Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen in so großem Ausmaß auf einer kleinen Gruppe von Ländern ruht, die freiwillig die Stellung von Kontingenten für diese Operationen übernommen haben.

Hier geht es um eine wichtige Grundsatzfrage. Die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, an der sich alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen beteiligen sollten.

Ich appelliere deshalb an alle Regierungen, den Friedenssicherungsoperationen der Vereinten Nationen die größtmögliche finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen. Dabei appelliere ich vor allem an diejenigen Mitgliedstaaten, die die auf sie entfallenden Beträge bisher nicht bezahlt haben, ihre Haltung in dieser Angelegenheit zu überprüfen.

XIII. Die Vereinten Nationen und die Zukunft

Bis heute hat es sich aus einer Vielzahl komplexer politischer Gründe für die internationale Gemeinschaft meist als schwierig — wenn nicht unmöglich — erwiesen, den Ereignissen durch positive Aktionen vorzubeugen. Besonders auf politischem Gebiet ist die Tendenz zu verzeichnen, konzertierte Aktionen erst dann einzuleiten, wenn ein Konflikt oder eine Katastrophe kurz vor dem Ausbruch steht oder schon eingetreten ist. Die Aktionen der internationalen Gemeinschaft haben oft eher den Charakter von Abhilfe- oder Linderungsmaßnahmen als von kühnen Initiativen zur Abwendung von Problemen oder zur besseren Vorsorge für die Zukunft. Dadurch blieben auch die Möglichkeiten der Vereinten Nationen als Instrument zur Abstimmung der Politik der Mitgliedstaaten in Richtung auf konstruktive Ziele beschränkt. Es genügt nicht, auf neue und unvorstellbare weltweite Katastrophen zu warten, um eine neue Phase in den internationalen Beziehungen herbeizuführen — eine Phase abgestimmten staatsmännischen Vorgehens mit positiver Ausrichtung auf die Zukunft, das nicht nur von den bisherigen Ereignissen beherrscht wird und lediglich auf diese reagiert.

Offensichtlich muß das Hauptziel der Vereinten Nationen das Überleben der Menschheit und ihrer Umwelt unter den bestmöglichen Bedingungen bleiben. Aber dieses Bemühen wird wahrscheinlich vergeblich bleiben, wenn wir nicht zugleich Schritt für Schritt die praktischen Grundlagen für eine Weltkultur und Weltordnung aufbauen, die eine bisher noch nie dagewesene Reichweite und Vielfalt haben muß. Dies erfordert u. a. immer rationellere Institutionen, die universelle Anerkennung grundlegender Mindestnormen für das internationale Verhalten sowie schließlich eine ständige Verbesserung der Umgangsformen, des Vertrauens und der Achtung im Verkehr zwischen den Nationen und den einzelnen Menschen. Wenn sich dies alles erreichen ließe, würden sich viele jetzt dem Fortschritt verschlossene Türen öffnen und könnten viele wertvolle menschliche und materielle Ressourcen konstruktiver und nützlicher eingesetzt werden.

Eine allzu engstirnige Kirchturmspolitik kann im internationalen wie im nationalen Bereich gefährlich sein und viele Kräfte unnötig verschwenden. Die Vereinten Nationen sind ein einzigartiger Ort, an dem nationale Interessen zur Sprache gebracht, Gruppeninteressen entdeckt und gemeinsame weltweite Interessen herausgearbeitet und gefördert werden können. Wenn nationale Interessen und Gruppeninteressen in den Vereinten Nationen innerhalb dieser dritten Dimension weltweiter Prioritäten aufeinander einwirken und mit der festen Entschlossenheit zu echten Ergebnissen verbunden werden können, sollte es möglich sein, in vielen der großen Fragen, bei denen wir zur Zeit in eine Sackgasse geraten zu sein scheinen, langsam aber sicher weiter voranzukommen.

Es gibt viele positive Anzeichen, die uns Mut zu einem derartigen Prozeß machen sollten. Trotz des beispiellosen Rüstungsniveaus und der unerhörten Vernichtungskapazität scheint man allgemein entschlossen zu sein, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden. Wir haben — innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen — das Instrumentarium und die nötigen Vereinbarungen, diese Absichten durchzusetzen, wenn der Wille dazu vorhanden

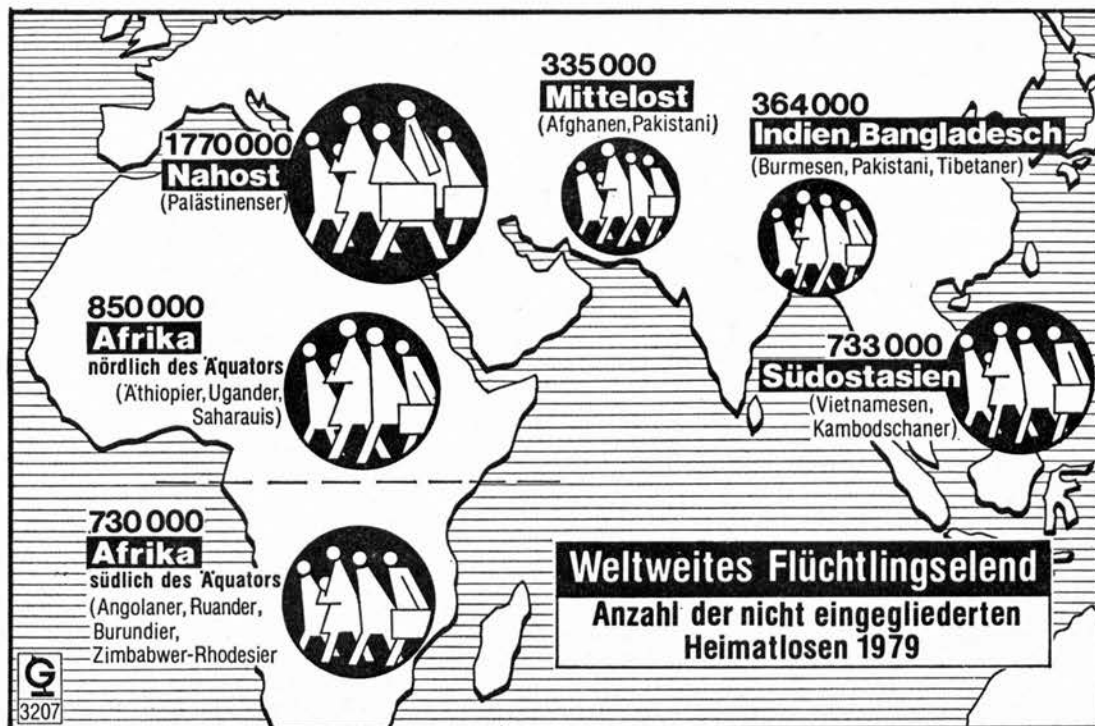
ist. Das Zeitalter der Kolonialherrschaft im klassischen Sinne des Wortes ist vorbei und hat einer Welt unabhängiger Nationen Platz gemacht. Wir haben eine technische Kapazität, von der wir vor 30 Jahren nicht einmal geträumt hätten. Wir haben ein neues Verständnis und Bewußtsein von der Art unserer wirtschaftlichen und sozialen Probleme und von der Entstehung weltweiter Probleme, die in gewissem Umfang eine Folge der technischen Revolution sind. Und wir haben zumindest einige der Instrumente, mit denen sich diese Probleme vielleicht meistern lassen. Rassenlehren und Vorurteile sind dahingeschwunden und werden überall angeprangert. Der Gedanke der Menschenrechte wird zu einem wichtigen Faktor im Leben der Menschheit. Neue Methoden der Konfliktbeherrschung, wie z. B. die Friedenssicherungsmaßnahmen der Vereinten Nationen, sind entstanden und haben sich bewährt. Es gibt entschlossene Bemühungen, überall in der Welt Armut und Ungerechtigkeit zu bekämpfen, wo immer sie auch auftauchen.

Angesichts solcher unbestreitbaren Erfolge lohnt es sich, darüber nachzudenken, warum an den meisten Orten Besorgnis und sogar Verwirrung vorherrschen. Warum suchen Regierungen weiterhin — oft im Gegensatz zur Charta — Zuflucht in einer engen nationalistischen Politik und nutzen sie die in der Charta zur Verfügung gestellten Mittel nur als letzten Ausweg, wenn sie sich unannehmbaren Risiken gegenübersehen? Offensichtlich hindern der Mangel an gegenseitigem Vertrauen und gutem Glauben die 151 Staaten, die sich zur Einhaltung der Charta verpflichtet haben, immer noch daran, diese Charta so in die Wirklichkeit umzusetzen, wie dies eigentlich gedacht war. Ich glaube, daß wir gegenwärtig einige Anzeichen des wachsenden gegenseitigen Vertrauens und guten Glaubens beobachten können, die oft den Arbeitskontakten aus Anlaß der Behandlung schwieriger Fragen im Rahmen der Vereinten Nationen entspringen. Diese Anzeichen sind ein wichtiger Faktor für eine Weiterentwicklung vom gegenwärtigen Zeitalter des Zweifels und der Angst zu einer neuen fruchtbareren Periode der Weltpolitik. Das einzige, was im Grunde an dem vorhandenen internationalen Apparat nicht stimmt, ist offenbar die Unfähigkeit der Staaten, diesen Apparat voll zu nutzen. Um ihnen dies möglich zu machen, müssen wir Vertrauen in die Zukunft und ein Bild von dieser Zukunft entwickeln, das nicht ständig von engherzigen Zielen oder vorübergehenden Rückschlägen getrübt oder neutralisiert ist. Mit Vertrauen und Weitblick können die Vereinten Nationen ein entscheidendes Instrument für die Zukunft der Menschheit werden.

Die Tage nationaler Vorherrschaft scheinen vorüber zu sein. Am Anfang einer neuen Ära steht die Weltgemeinschaft vor der Bewährungsprobe, die mit einer ungewissen Zukunft verbunden ist. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um allen Staaten zu helfen, diese Bewährungsprobe gemeinsam zu bestehen. Ich hoffe, daß die Vereinten Nationen immer mehr dazu genutzt werden, das Vertrauen aufzubauen und den Weitblick zu entwickeln, die für die Sicherung unserer Zukunft erforderlich sind.

11. September 1979

Anmerkung: Für Überschrift und Zwischenüberschriften ist die Redaktion verantwortlich.



Das millionenfache Flüchtlingselend in vielen Teilen der Welt erfordert immer wieder auch den Einsatz der Vereinten Nationen und ihres Hohen Kommissars für Flüchtlinge (UNHCR). Jahrzehnte alt, aber immer noch ohne Aussicht auf Lösung ist das Problem der Palästina-Flüchtlinge. Mit der Lage der Flüchtlinge in Afrika befaßte sich eine Konferenz in Aruscha, während den Problemen der südostasiatischen Flüchtlinge und Vertriebenen ein Treffen in Genf gewidmet wurde. (Vgl. S. 177 dieser Ausgabe und VN 4/1979 S. 144f.)